

## Protokoll der Betroffenenrats-Sitzung Lehrter Straße vom 7.7.2009

Anwesend: C. Gotzmann, M. Hauke, R. Landmesser, G. Leisten, I. Lingenhöl, H. Sabatzki, W. Schröter, J. Schwenzel, G. Sperr, U. Stockmar, A. Szagun, S. Torka; Herr Schwarz (Kleingartenanlage Lehrter Straße), S. Sramkiewicz (Kulturfabrik), Tobias Schmidt u. Barbara Gerold, (IRS – Erkner); Christiane Gille (BA Mitte, UmNat 410), Margret Benninghoff (Landschaftsarchitektin)  
entschuldigt: W. Liebchen R. Eismann, M. Raasch, S. Born

TOPs:

- 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung
- 2) Erläuterungen zum Fachplan Grün (Gast: Frau Gille, Landschaftsplanung BA Mitte)
- 3) nächster Bauabschnitt Döberitzer Grünzug (Gast: Frau Benninghoff, Lapla)
- 4) Bericht von der Übergabe der Unterschriften zur Verkehrsbelastung
- 5) Diskussion über weitere Vorschläge zur Reduzierung, z.B. Busänderung
- 6) Verschiedenes und Termine
- 7) Festlegung der Themen und Termin für die nächste Betroffenenratssitzung

### TOP 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Juni-Protokoll wird unverändert verabschiedet (im Netz: <http://www.lehrter-strasse-berlin.net/betroffenenrat> auf der neuen Webseite sind die Protokolle noch besser zu finden). Wie in den vergangenen Monaten seit März nimmt das IRS die Sitzung auf Band auf.

### TOP 2) Erläuterungen zum Fachplan Grün (Gast: Frau Gille, Landschaftsplanung, BA Mitte, Abt. Stadtentwicklung, Amt für Umwelt und Natur)

Vor der Sitzung waren bereits konkrete Fragen zum Plan an Frau Gille gerichtet worden, die sie im Verlauf des Vortrags beantwortete.

Frau Gille berichtet, dass der Fachplan Grün (die Karte ist im Netz zu finden unter: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/plang/bep/fbgruen/fpgruen\\_gesamt.jpg](http://www.berlin.de/imperia/md/content/bamitte/plang/bep/fbgruen/fpgruen_gesamt.jpg)) in Zusammenarbeit des Amtes für Umwelt und Natur mit dem Stadtplanungsamt und dem Straßen- und Grünflächenamt (SGA) erarbeitet wurde. Er wurde Ende 2008 im Bezirksamt beschlossen und jetzt auch von der BVV.

Der Fachplan Grün **konkretisiert die Festlegungen aus der BEP** (Bereichsentwicklungsplanung, im Netz: <http://www.berlin.de/ba-mitte/org/stadtplanung/bep.html>), die 2004 beschlossen wurde, allerdings nicht grundstücksgenau war und nicht zwischen Bestand und Planung differenziert hat. Außerdem gab es in der Zwischenzeit verschiedene Planungen, die eine Aktualisierung erforderlich machten, z.B. Humboldthafenumbauung, bei denen der Senat **Baufläche statt Grünfläche** durchgesetzt hat. Der Humboldthafen war eine der sog. „Dissenzflächen“ aus der BEP 2004, also Flächen, bei denen Bezirk und Senat unterschiedliche Entwicklungsvorstellungen hatten. Für den Fachplan Grün wurde **zusammengestellt, was unter den heutigen Rahmenbedingungen noch realisierbar ist** (s. Zitat 1 im Anhang 1) und versucht die zukünftigen Grünplanungen auf konkrete Grundstücksflächen zu beziehen. Diese sind im Plan dargestellt und in verschiedenen **Listen** zusammengefasst (Änderungen zur BEP, Abgabe öffentliche Grünfläche in private Grünfläche möglich und Planungen, unterteilt in Art der Fläche).

In der Planung ist auch alles enthalten, was im Stadtumbau West (SUW) vorgesehen ist, unabhängig davon, ob diese Planungen bereits finanziert sind oder nicht. Das bezieht sich z.B. auf den **Tribünenpark im Poststadion**, der in der Prioritätenliste weiter hinten steht.

Von der früheren Planung des **Döberitzer Parks** ist noch der größte Teil erhalten (21.618 qm) und um den Nord-Süd-Grünzug an der Bahnseite Lehrter Strae ergänzt (21.050 qm), immerhin insgesamt **42.669 qm**. Früher sollte er bis zur Heidestraße durchgehen, dort liegt jetzt eine Baufläche. Frau Gille erwähnt, dass das Baufeld gegen Flächen für den Bahn-West-Grünzug getauscht wurde(!). Die Fläche ist bereits spontan begrünt, es gibt aber keinen Zeitplan für die endgültige Herstellung des Döberitzer Parks, da dort auch noch die **Baustelleneinrichtung der S21** vorgesehen ist. Im Erläuterungstext ist der „Döberitzer Park“ erwähnt, in den Listen heißt es nur Döberitzer Grünzug.

Die Fläche des **Bahn-West-Grünzugs** ist mit **21.050 qm** angegeben. Dieser **Grünzug endet** nach der bisherigen Planung an dem Grundstück der ehemaligen Schleicherfabrik, das hinter dem vorhandenen Spielplatz ebenfalls als Neuplanung Grünfläche und Spielplatz dargestellt ist. Die Nutzer des Grünzuges werden über dieses Grundstück, **an der Südseite der Kulturfabrik** auf die Lehrter Straße geführt. Es gibt noch mehrere andere Verbindungen zur Lehrter Straße. Die **Weiterführung des Grünzuges bis zur Perleberger Brücke ist noch als Bestand im Plan enthalten**, wird aber momentan nicht geöffnet. Wenn sich die Gesamtsituation in der Lehrter Straße positiv verändert und der Nord-Süd-Grünzug funktioniert, kann dieses Teilstück wieder aufleben.

Das Gelände der ehemaligen **Schleicherfabrik** ist im Rahmen des SUW neu als Grünfläche hinzugekommen, außerdem die Maßnahme der Spielplatzerweiterung. Die verschiedenen Zahlen in den Listen ergeben sich aus der Unterscheidung der verschiedenen Nutzungen. So ist in der Liste der Planungen die **Lehrter Straße 31 Erweiterung** unter Grünflächen mit **2.476 qm** und unter Spielplätze mit **1.198 qm** angegeben. Frau Gille erläutert, ca. 1/3 Spielplatzerweiterung, 1/3 Grünfläche, 1/3 Durchwegung. Für die Fläche der ehemaligen Schleicherfabrik sollte ein Nutzungskonzept ausgearbeitet werden. Info S. Sramkiewicz: Der Baubeginn für die Kulturfabrik ist nicht vor 2010.

**Wichtige Wegeverbindungen**, wie der Döberitzer Grünzug, der Bahn-West-Grünzug und die Wegeverbindungen (auch zwei Brücken) am Spandauer Schifffahrtskanal sind ebenfalls im Plan enthalten. Dazu zählt auch der Weg vom Haupteingang des Poststadions über den Tribünenpark in den Fritz-Schloß-Park. Wo genau die Brücken über den Kanal gebaut werden, wird im Rahmen der Planungen im Gebiet Heidestraße geklärt, dabei muss der Denkmalschutz für den Invalidenfriedhof beachtet werden. Die Verbindung wird jedoch als sehr wichtig eingeschätzt, um die trennende Nord-Süd-Struktur des Bahngeländes und des Kanals etwas aufzuheben.

Zur Frage, warum auch **private Flächen zur öffentlichen Nutzung** vorgesehen sind, heißt es, dass diese Möglichkeit bei Neuplanungen geprüft werden muss, da kaum noch Gelder für Flächenerwerb und Pflege zur Verfügung stehen (s. Zitat 1 im Anhang 1). Die öffentliche Nutzung wird mit städtebaulichen Verträgen gesichert. Es ist **noch nicht endgültig entschieden**, ob die Promenade am Spandauer Schifffahrtskanal privat bleibt oder tatsächlich eine öffentliche Fläche wird, wie es der Masterplan Heidestraße vorsieht.

Betroffenenratsmitglieder geben zu bedenken, dass die **Verträge eindeutiger formuliert** werden müssen, als der Vertrag mit Freiberger an der Spree, wo es jetzt Probleme mit der Akzeptanz von Radfahrern gibt.

Die **positiven Aussagen** im Fachplan Grün zu **Kleingärten** beziehen sich auf die Flächen in der Kleingartenentwicklungsplanung des Senats (s. Zitat 2 Anhang 1). Die Flächen der Eisenbahn-Landwirtschaft in der Lehrter Straße sind dabei nicht enthalten. Hier legt sowohl FNP, als auch BEP 2004 Mischgebiet fest.

Frau Gille erläutert, dass der Fachplan die **5 Kleingartenparzellen** an der Stichstraße vor der Lehrter Straße 6-8 als Bestand darstellt, da bisher noch kein abgestimmtes Gesamtkonzept zur städtebaulichen Entwicklung an der Lehrter Straße vorliegt. Nach der Planung Stadtumbau West sollten sie in die geplante Grünfläche verlegt werden sollen. Mit der Umsetzung der

Kleingärten in die nähere Umgebung gibt es aber Probleme, da dort Altlasten liegen (Anmerkung der Protokollschreiberin: laut Ausschreibungsunterlagen für den Städtebaulichen Wettbewerb ist nicht vorgesehen, diese Altlasten zu entsorgen, sondern Nutzungseinschränkungen der Fläche). Frau Gille erläutert, dass sie aus fachlichen Gründen diese Planung unterstützt, um die gesamte Breite bis zur Mauer für den öffentlichen Grünzug und Eingangsbereich in den Park zu nutzen. Die Mauer würde als Begrenzung der historischen Strukturen (ehemaliges Zellengefängnis) wieder sichtbar werden; der Vorsitzende der Kolonie bestätigt, dass diese Mauer für die Geschichte des Ortes bedeutsam ist. Nach dem Frau Gille bekannten Stand aus der Abstimmung der Stadtumbau West-Maßnahmen hieß es: Wenn der Döberitzer Grünzug in der vorgesehenen Breite verwirklicht werden soll, dann müssen Ersatzflächen für diese 5 Parzellen gefunden werden. Im Umkehrschluss hieß das für sie: **Wenn keine Ersatzfläche gefunden wird, dann müssen sie dort bleiben (!!)**. Diese Aussage ist für den Vorsitzenden der Kolonie interessant, da der Kleingartenverband (Bezirksverband Wedding der Kleingärtner e.V.) gesagt hätte, dass diese 5 Parzellen nicht als Dauerkleingärten festgelegt sind. Nach Aussage von Frau Klapschus (SGA) sind sie dem Kleingartenverband angeschlossen. Sie liegen aber außerhalb des B-Plans, der den Zellengefängnispark, den Friedhof und die Gärten festlegt. Zu der Frage, ob Ersatz zwingend erforderlich ist, kann Frau Gille keine abschließende Aussage treffen. Zuständig ist das Straßen- und Grünflächenamt (SGA). Es wäre dann auch zu überlegen, ob die Teilung großer Parzellen in der Dauerkolonie in Frage kommt.

Da die Baumaßnahme noch nicht kurzfristig zu erwarten ist, bleibt noch Zeit, um die Fragen zu klären. Es sollte das städtebauliche Gutachterverfahren Lehrter Straße abgewartet werden. Beim **Humboldthafen** hat sich der Senat durchgesetzt, auf der westlichen Seite wird es einen öffentlichen Weg (Arkaden) geben, nur auf der östlichen Seite einen grünen Weg. Auf Nachfrage erklärt Frau Gille, dass einige der vom Bezirk in der BEP 2004 vorgesehenen Grünflächenplanungen, die laut Fachplan Grün geändert wurden (siehe Liste Wesentliche Änderungen gegenüber der BEP 2004), reduziert wurden, andere komplett entfallen sind. Damit ist die Grünplanung aufgegeben. Andere Grünplanungen sind durch den Beschluss des Fachplans Grün gestärkt worden.

### **TOP 3) nächster Bauabschnitt Döberitzer Grünzug (Gast: Frau Benninghoff, Lapla)**

Frau Benninghoff erläutert den Weiterbau des Döberitzer Grünzugs, der bisher im Fritz-Schloß-Park vom Parkeingang Turmstraße bis zum Parkplatz des Hallenbades fertiggestellt ist. Gerade an dieser Wegeverbindung läßt sich der Sinn solch übergeordneter Planungen erkennen, nämlich dann, wenn sie wirklich umgesetzt werden, weil Fördermittel vorhanden sind.

Der nächste Bauabschnitt geht vom **Ende des Parkplatzes der Tentstation / Eingang neue Fußballplätze bis zur Lehrter Straße**. Ein Plan im Maßstab 1 : 200 wird erklärt. Der Weg verläuft hinter den Reihenhäusern (im Bau) und vor dem Ballfangzaun der fertiggestellten Kunstrasenplätze. Er wird so aussehen wie im Fritz-Schloß-Park, **gelber Asphalt mit rotem Klinkerband**. Am nördlichen Rand werden in einer Grünfläche **rotblühende Kastanien und Linden** gepflanzt. Die graue Fläche auf dem Plan ist Pflasterfläche, die sich zur Lehrter Straße hin aufspreizt. Auch der Südeingang wird gepflastert (der Plan ist verkleinert im MoabitOnline-Artikel zu finden: <http://www.moabionline.de/1736> ). Der Weg wird **beleuchtet** sein. Die **Bauarbeiten beginnen im August 2009 und werden im Frühjahr 2010 beendet**. Die Baumittel sind über 2 Jahre gestreckt, wie bei SUW – Projekten üblich. Die Breite des Weges ist **8-9 Meter**, an der Lehrter Straße **15-16 Meter**.

Wann der Grünzug östlich der Lehrter Straße weitergebaut wird, ist noch unklar.

Herr **Schwarz**, von der Kolonie 27 Lehrter Straße des Kleingartenverbandes berichtet, dass nach Meinung des Verbandes eine Verlegung der Kleingärten sinnvoll wäre. Die alte Mauer umschloss das Vorwerk des Gefängnisses. Sie könnte dann restauriert werden.

#### **TOP 4) Bericht von der Übergabe der Unterschriften zur Verkehrsbelastung**

Nachdem das letzte Wochenende der Unterschriftensammlung sehr erfolgreich verlaufen ist, sind die meisten Häuser jetzt mit einigen Vertretern dabei. Es gab bis auf 2 – 3 Ausnahmen nur positive Reaktionen der Bewohner. Die über 320 Unterschriften wurden am 10.6. von Heiko Sabatzki und S. Torka an Stadtrat Gothe übergeben. Der Text des Schreibens mit einer Auflistung der Probleme und unseren Vorschlägen für verbessernde Maßnahmen ist im Anhang 2 zu diesem Protokoll enthalten. Dem Schreiben wurden auch der vorhergehende Brief und die Antwort der Senatsverwaltung beigelegt, sowie die Vorschläge von Herrn Lehmann, als Vertreter der Häuser an der Invalidenstraße.

Herr Gothe stellte fest, dass er aus eigener Anschauung die Notwendigkeit sieht den Durchgangsverkehr und die Geschwindigkeit zu verringern. Er sieht aber Konflikte mit dem Erhalt der Buslinie. Er verweist auf das Gutachterverfahren, das Vorschläge bringen soll. U. Stockmar merkt an, dass es in Hamburg Blankenese verkehrsberuhigte Straßen gibt, durch die ein Bus fährt.

Der Betroffenenrat beschließt, dass wir 2 Monate warten und im September wieder nachfragen, welche Maßnahmenvorschläge vom Bezirksamt weiterverfolgt werden. Eine Verkehrsprognose aus dem zur Zeit ausliegenden Planfeststellungsverfahren für den 2. Bauabschnitt der Ellen-Epstein-Straße geht für 2015 (?) von 8.300 KFZ/täglich durch die Lehrter Straße ohne den Straßenneubau und von 8.400 KFZ auf. Zum Vergleich: Heidestraße 40.000 KFZ.

#### **TOP 5) Diskussion über weitere Vorschläge zur Reduzierung, z.B. Busänderung**

Heiko Sabatzki hat nach dem Übergabetermin der Unterschriften den Vorschlag gemacht, einen weiteren Brief hinterherzuschicken, in dem der Einbau von Fahrbahnschwellen im Abschnitt zwischen Krupp- und Perleberger Straße gefordert wird und eine **Busumleitung durch die Kruppstraße** vorgesehen wird. Es würden nur 3 Haltestellen entfallen und die Entfernung der Perleberger Straße bis zur Kruppstraße könnte zugemutet werden. Außerdem gibt es an der Turmstraße die Umsteigemöglichkeit zwischen M 27 und 123.

Jürgen Schwenzel hält die Busumleitung durch die Kruppstraße für schlecht, da der **Bus als Verbindung vom Stephankiez zum Hauptbahnhof wichtig** ist. Wenn die Haltestelle an der Stephanstraße entfällt sind große Umwege notwendig, da das Polizeigelände nicht durchquert werden kann. Außerdem befürchten J. Schwenzel und A. Szagun, dass die BVG den Bus ganz aus der Straße herausnehmen wird, wie es in der Rathenower Straße geschehen ist, als Folge der dortigen Bürgerinitiative zur Verkehrsberuhigung. In Gebieten, die durch Busse nicht mehr erschlossen werden, nimmt erfahrungsgemäß der Autoverkehr zu. In diesem Sinne ist der Bus ein verkehrsberuhigender Faktor. Dieser Meinung schließen sich mehrere Anwesende an.

S. Torka merkt an, dass im Rahmen des SUW **mehrere Überquerungen**, die die Straße einengen vorgesehen sind. Diese könnten als Verengungen ausgeführt werden, an denen der Bus Vorfährt hat.

Es entsteht eine **längere kontroverse Diskussion** über Verkehrsberuhigung und den **Zebrastrifen**, den manche sehr positiv sehen und den andere als Gefährdung einschätzen, da er zu wenig von den Autofahrern beachtet werden. Die Beobachtungen einzelner sind extrem unterschiedlich.

A. Szagun macht den Vorschlag, den Bezirk aufzufordern, die **Heidestraße wieder von Süden zu öffnen**, vielleicht auch nur für Taxifahrer und Busse. Das sollten Verkehrsplaner nochmal neu durchrechnen. Das Problem waren zu viele Ampeln hintereinander, dann wird die Kapazität der Invalidenstraße geringer. Da unser Interesse nicht sein kann den Verkehr auf der Invalidenstraße zu maximieren, schließen sich die Anwesenden dem Vorschlag an. Eine Aufpflasterung der Straße müsste mit der BVG besprochen werden, die bei einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden sollte.

Die höchste Belastung stellt der Durchgangsverkehr dar, gerade auch in den frühen Morgenstunden. Auf Antrag von Michael Hauke werden 3 verschiedene Vorschläge abgestimmt (Stimmverhältnisse unten: dafür : dagegen : Enthaltung)

Michael Haukes Vorschlag (Lehrter Straße soll zwischen Perleberger und Krupp gesperrt werden außer für Rettungsfahrzeuge, Müllabfuhr usw., damit sie eine liebenswerte Prachtstraße wird): 1 : 7 : 1

Heiko Sabatzkis Vorschlag (Bus durch Kruppstraße): 2 : 7 : 0

Wolfgang Schröters Vorschlag (Lehrter Straße nur für Anlieger + BVG + Öffnung der Heidestraße): 8 : 0 : 1

## **TOP 6) Verschiedenes und Termine**

**Erklärung zum Protokoll von Juni 2009:** Herr Stimmann war der Senatsbaudirektor, in dessen Büro der jetzige Stadtrat Gothe gearbeitet hat.

**Herr Schwarz (Kleingartenverband)** berichtet, dass es zwar viele Bewerber für die Gärten gibt, wenn es aber konkret um die Vergabe geht, viele auch wieder abspringen. Es gibt Auflagen und es ist auch nicht ganz billig. 1 Kubikmeter Wasser kostet 50 Cent, Einbau einer Klärgrube ist teuer. Der Garten wird geschätzt und dann der Preis festgelegt. Im vorigen Jahr wurde eine Parzelle neu vergeben, von den 6 Bewerbern sind 5 wieder abgesprungen. Im Wedding gibt es Gärten mit Dauerwohnrecht, die scheinen außerordentlich beliebt zu sein.

### **Mittelbereich Lehrter Straße - Bericht von der Ausschusssitzung Stadtentwicklung am 6.7.09 – BVV Mitte - Vivico:**

W. Liebchen hält die Bürgerbeteiligung eher für eine **Pseudoveranstaltung**. Es ist zwar möglich seine Meinung zu sagen, aber im Endeffekt entscheiden die Politiker doch für den Investor.

Die Mitarbeit von **Prof. Martin aus Cottbus** kommt innerhalb des Verfahrens jetzt doch nicht zustande, da er vom Bezirksamt oder der Vivico nach dem Besuch der Veranstaltung am 27.5. nicht kontaktiert wurde. Es hängt aber auch damit zusammen, dass er in Ruhestand geht. Möglicherweise wird jedoch im Wintersemester noch eine Studentengruppe arbeiten.

Der im Protokoll der Juni-Sitzung erwähnte **BVV-Beschluss** (die 3 Gutachter sollen jeweils eine **Variante mit Erhalt der Gärten** vorsehen) wurde von der Mehrheit in der BVV am 18.6. befürwortet. Daraufhin hat die Vivico einen Brief an den Stadtrat geschrieben, dass diese Auflage nicht an die Gutachter weitergegeben wird (Kommentare 12 und 14 zum Artikel: <http://www.moabionline.de/1456> )

Bei der gestrigen Ausschusssitzung wurden die **Positionen** der einzelnen Parteien wie auch von der Gruppe Planwerk und der Vivico **ausgetauscht**. Es waren einige Vertreter der AG Mittelbereich und Kleingärtner anwesend, die alle zu Wort gekommen sind. Es wurden alle verschiedenen Aspekte, die für den Erhalt der Gärten sprechen, angesprochen.

Die Fraktionen der Grünen und der SPD haben die Umsetzung des Beschlusses gefordert. Die Linke hatte keinen Vertreter im Ausschuss. Die Fraktionen der CDU und FDP haben sich für die Investorenpläne ausgesprochen. Die Meinung „der Eigentümer soll machen, was er will“ ist weit verbreitet. Selbst Grüne und SPD-Politiker sehen den Einfluss des Bezirks im B-Plan

als gering an und gehen davon aus, dass der Eigentümer einen Anspruch auf Bebauung hat. Damit beschränken sie sich selbst. Herr Tibbe begründet seine Ablehnung einer Variantenplanung damit, dass Varianten nicht in ein konkurrierendes Verfahren passen. Denn jeder Gutachter sollte von seinem Ergebnis so überzeugt sein, dass er keine Variante dazu anbieten kann.

Auch über diese Thema entstand eine **längere kontroverse Diskussion**. M. Hauke ist der Meinung, dass wir uns um diesen Bereich gar nicht kümmern sollten, da es keinerlei Aussicht auf Erfolg gibt. Ob es eine juristisch durchsetzbare Berechtigung gibt, dass planfestgestelltes Bahngelände nach der Aufhebung der Planfeststellung automatisch als innerstädtisches Bauland mit dem **Verkehrswert von 420 Euro/qm** bewertet werden muss, ist unklar. Ebenso ob Forderungen des Eigentümers auf **Entschädigungen**, wenn der Bezirk eine andere Planung durchsetzen würde, gerechtfertigt wären. Darüber wurde in jede Richtung spekuliert. Wobei feststeht, dass es schon eine politische Aussage ist, wenn alle Parteien sagen, sie können nicht gegen die Interessen des Kapitals handeln. Selbst die Grünen scheinen das als realpolitisch gegeben anzusehen.

Die Anwesenden halten es für einen Skandal, dass die früher der Bahn gehörenden Flächen, auf diese Weise privatisiert und dem Wohl der Öffentlichkeit entzogen wurden. Im Verhältnis zu den Flächen ist der Kaufpreis der CA Immo geradezu lächerlich. *Wie sind noch die genauen Zahlen, Wolfram??*

Vorschläge, dass wir **mehr Öffentlichkeit** schaffen müssen, um Einfluss zu nehmen.

Wolfgang verweist auf ein Fußballfest im Poststadion, von dem wir aber gar nicht wissen, wann es stattfinden soll.

Die **Bauprojekte** der Vivico (bzw. **CA Immo**) in anderen Ländern/Städten sollten **als abschreckende Beispiele** vorgestellt werden. Hochhäuser, Bürogebäude, Einkaufsparks mit riesigen Parkplatzflächen.

Wir sollten dem eine Alternativplanung entgegensetzen, Phantasieobjekte und utopische Vorschläge im Modellbau. Dabei soll die Raum- und Höhengestaltung, der Schattenwurf und die Sichtachsen beachtet werden.

2 Terminvorschläge in der nächsten Woche werden verschickt.

### **Mühsam-Veranstaltung im Geschichtspark Zellengefängnis**

Ralf Landmesser hat ein Notfallszenario ausgearbeitet, falls die Genehmigung nicht kommt. Das Theaterdock der Kulturfabrik steht zur Verfügung. Die Genehmigung des Umweltamtes ist unterwegs. Bisher wurde noch keine Kulturveranstaltung an diesem Ort genehmigt. Der Sicherheitsdienst weiß noch nichts davon. *Nachtrag*: Die Veranstaltung ist mit Genehmigung, wie geplant über 12 Stunden (es waren dann sogar 13!) gelaufen, allerdings war es die Nacht sehr kalt. Ein Bericht auf MoabitOnline: <http://www.moabitonline.de/1745>

### **Rechnung für Gema-Gebühren für die Straßenfeste 2007 + 2008**

S. Sramkiewicz ist beauftragt anzufragen, ob der Betroffenenrat sich an der Rechnung der Kulturfabrik über 342 Euro beteiligt. Der Hintergrund ist, dass die Kulturfabrik die Feste nicht angemeldet hatte und jetzt im Nachhinein zur Kasse gebeten wird. Es war bereits eine Anfrage an den B-Laden gestellt worden und bei S. Sramkiewicz angekommen, dass der B-Laden eine Beteiligung ablehne. S. Torka stellt klar, dass über die Gema-Forderung (noch ohne Betrag) gesprochen wurde. Die Mitarbeiterinnen im B-Laden allerdings den Ratschlag gaben, gegen die Forderung Widerspruch einzulegen, da die Gema-Gebühren bisher in der Sammelanmeldung enthalten waren. Über das Ergebnis / bzw. die Ablehnung des Widerspruchs hatte der B-Laden bis jetzt keine Nachricht erhalten. S. Torka bittet darum, dass die Aufklärung des Missverständnisses innerhalb der Kulturfabrik kommuniziert wird.

Weiterhin sollte die Kulturfabrik versuchen, die Personenzahl, die von der Gema auf 1.000 Personen geschätzt wurde, auf 500 herunterzubekommen, was auch eher der Realität entspricht.

Der Betroffenenrat kann zur Zeit keine Zusage auf eine Beteiligung machen, da er nicht weiß, ob und wann die Gelder für das zweite Halbjahr kommen.

Eine spontane Sammlung bringt Euro: 21,97 – die noch übergeben werden müssen.

#### **TOP 7) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenrats-Sitzung**

Trotz der Ferien wird die August-Sitzung stattfinden. Am 3. August um 19 Uhr findet der 2. Modellbautermin der Arbeitsgruppe Mittelbereich statt.

## **Anhang 1:**

### **Zitate aus dem Fachplan Grün- und Freiflächen – Erläuterungsbericht - , Drucksache-Nr.: 1062/II vom 9.12.2008**

1.

Es sind vor allem die drastisch verringerten öffentlichen Unterhaltungs- und Investitionsmittel, die zur Finanzierung öffentlicher Grün- und Freiflächen für Flächenerwerb, Herstellung und Pflege zur Verfügung stehen, die eine Anpassung der Planung erfordern. Auch durch die Vermarktung öffentlicher Liegenschaften haben sich die Voraussetzungen zur Planung neuer Erholungsflächen und zur Bereitstellung von Ausgleichsflächen geändert. Die rückläufigen Unterhaltungsmittel und Investitionsmittel wirken sich auf die Neuplanung und Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen im Bestand aus.

In der Investitionsplanung sind in den letzten Jahren selbst dringende Maßnahmen zur Aufwertung und Erneuerung von Spielplätzen und Grünanlagen immer wieder verschoben worden. An die Stelle der Investitionsplanung tritt heute der Einsatz von Fördermitteln aus verschiedensten Programmen: ....

Der Einsatz der genannten Programmmittel beschränkt sich in der Regel auf die Mittel zur Herrichtung der neuen Grünflächen (Baumittel). Der Flächenerwerb für öffentliche Grün- und Freiflächen war zuletzt nur noch in Ausnahmefällen im Rahmen von Sanierungsgebieten möglich.

Vor allem wegen der fehlenden Mittel für Flächenerwerb und die Unterhaltung werden die Planungen neuer öffentlicher Flächen kritisch auf ihre Notwendigkeit geprüft. Einige der noch in der BEP 2004 dargestellten Grün- und Freiflächenplanungen werden nicht mehr umgesetzt, statt Grünflächen werden Bebauung realisiert. Der im Fachplan dargestellte Flächenzuwachs reduziert sich auf grundlegende Erfordernisse, mit Priorität in der Entwicklung der Wohnquartiere sowie Ergänzung der Grünzüge und Vernetzung. Hierzu werden auch Möglichkeiten genutzt, die Planungsziele anderweitig sicherzustellen, u.a. durch Sicherung von Nutzungsrechten und Wegerechten auf privaten Flächen statt Flächenankauf. .... (S.8/9)

2.

Die großen Parkanlagen werden in ihren Funktionen für die Erholung, den Biotop- und Artenschutz und den Naturhaushalt durch Kleingärten und Friedhöfe ergänzt, die zu erhalten sind. (S.7)



## **Anhang 2:**

### **Text des Briefes de Betroffenenrats Lehrter Straße an Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe**

Berlin, den 10.06.2009

Übergabe der Unterschriften für mehr Sicherheit, gegen Lärm- und Feinstaubbelastung in der Lehrter Straße. Drei Anliegen, für die sich die Anwohner einsetzen wegen der zunehmenden Verkehrsbelastung

Sehr geehrter Herr Gothe,

zunächst möchten wir Ihnen die Verkehrsproblematik in der Lehrter Straße vorstellen:

#### 1) Verkehrsbelastung durch Lastkraftwagenverkehr

Die Lehrter Straße wird in den frühen Morgenstunden von Lastkraftwagen benutzt: Diese kommen aus dem Westen, aus der Quitzowstraße/Perleberger Straße und benutzen die Lehrter Straße als Zubringer zur Invalidenstraße. Die 30km/h-Geschwindigkeitsbegrenzung wird von den Lastkraftwagenfahrern all zu häufig nicht eingehalten. Geschwindigkeitskontrollen finden in dem Bereich zwischen Kruppstraße und Perleberger Straße nie statt, in dem Bereich zwischen Kruppstraße und Seydlitzstraße selten.

#### 2) Verkehrsbelastung durch Taxiverkehrs

Mit der Aufnahme des Bahnhofsbetriebs „Hauptbahnhof Berlin“ ist die Lehrter Straße eine vom Taxigewerbe stark benutzte Straße geworden. Insbesondere wird sie für die Strecke vom Hauptbahnhof zum Tegeler Flughafen benutzt. Dabei wird die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h durch das Taxigewerbe selten eingehalten. Nicht selten sind auch Überholmanöver von Taxen in der Lehrter Straße.

#### 3) Verkehrsbelastung durch Durchgangsverkehr

Die Lehrter Straße wird in den Morgenstunden und in den Nachmittagsstunden verstärkt vom Durchgangsverkehr benutzt. Festzustellen ist, dass in den Morgenstunden die Lehrter Straße von PKW-Fahrern aus Richtung Westen und in den Abendstunden aus Richtung Osten benutzt wird. Die PKW-Fahrer benutzen die Lehrter Straße, um den Verkehr in der Heidestraße zu umgehen. Auch bei dieser Kategorie wird all zu oft die Nichteinhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung, nicht selten gepaart mit Überholmanövern, festgestellt.

### Maßnahmekatalog

Deshalb wird die Ergreifung von Maßnahmen gefordert, um die mit dem Lastkraftwagen-, Taxi- und Durchgangsverkehr einhergehenden Risiken für die Anwohner der Lehrter Straße auf den Feldern der Sicherheit der Fußgänger, der Kinder und der Fahrradfahrer, der Lärmbelästigung sowie der Feinstaubbelastung zu verringern. Die Anwohner fordern insbesondere folgende Maßnahmen zu erwägen:

1. Aufstellung eines allgemeinen LKW-Fahrverbots in der Lehrter Straße mit der Ausnahme, dass LKW die Lehrter Straße benutzen können, sofern ein Anliegen vorliegt (direkte Lieferfahrzeuge)
2. Aufstellung von Verkehrsinseln und/oder Fahrbahnverengungen, damit die bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h auch tatsächlich eingehalten wird
3. mehr Geschwindigkeitskontrollen in den Bereichen von Seydlitz- bis Kruppstraße und von Krupp- bis Perleberger Straße
4. Aufstellung von festen Messgeräten betreffend die Beachtung von Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h
5. Verlegung des LKW-Verkehrs auf die Heidestraße
6. Verlegung des Taxiverkehrs auf die Heidestraße
7. Verlegung des Hauptdurchgangsverkehrs in die Heidestraße

Zur Übergabe der Unterschriften möchten wir Sie außerdem über die Aktivitäten der Initiative „Zu viel Verkehr in der Lehrter Straße“ informieren. Ausgangspunkt war der Besuch von mehreren AnwohnerInnen der Häuser Lehrter Straße 1-4 im B-Laden, die über den weiter zunehmenden Verkehr klagten. Dieser Besuch führte zu unserem Schreiben an Sie und Senatorin Junge-Reyer vom 11.9.2008 (Kopie-1), das von der Senatorin am 10.10.2008 beantwortet wurde (Kopie-2). Die dort angekündigte Antwort des Bezirksamtes Mitte steht leider noch aus.

Bereits im Vorfeld der Eröffnung des Hauptbahnhofs hatten wir uns an das Bezirksamt gewandt mit der Bitte, bauliche Maßnahmen gegen den zu erwartenden Durchgangs- und Schleichverkehr zu treffen. Ergebnis war u.a. die Antwort auf die Kleine Anfrage, KA 0314/II vom 29.3.2004 (Kopie-3).

Die AnwohnerInnen im südlichen Bereich (Lehrter 1-4 und 69) sammelten Unterschriften, um unser Schreiben vom 11.9.2008 zu unterstützen. Dieses Schreiben ging jedoch Anwohnern aus dem nördlichen Bereich nicht weit genug, so dass sich o.g. Initiative gründete, die die Unterschriftensammlung weiter führte. Daher der geänderte Text, in dem Sie aufgefordert werden Maßnahmen zu ergreifen.

Nicht vorenthalten möchten wir Ihnen auch einen Diskussionsbeitrag von Anwohnern aus den Hochhäusern an der Invalidenstraße (Lehrter Straße 70-75), die wiederum eigene Forderungen aufstellen, da ihre Interessenlage an der stark befahrenen Invalidenstraße wiederum eine andere zu sein scheint (Kopie-4).

Weiterhin kommt erschwerend hinzu, dass der Knoten Perleberger Straße/Ellen-Epstein-Straße/Lehrter Straße zur Zeit ausgebaut wird und in Kürze wesentlich leistungsfähiger ist. Da auch eine Rechtsabbiegespur in die Lehrter Straße eingerichtet wurde, befürchten wir statt Verringerung der Belastung eine Steigerung durch die neue Umfahrungsstraße. Wir möchten ebenso gut behandelt werden, wie die Anwohner der Quitzowstraße.

Mit freundlichen Grüßen

(Heiko Sabatzki)

(Susanne Torka)